

## THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- 3. Nachtragshaushalt: Die Herausforderungen können nur gemeinsam gelöst werden
- Dispozinsen dürfen nicht zur Schuldenfalle werden
- Schließungen von Geburtskliniken sofort stoppen
- Mieter\*innen vorausschauend schützen - Mieterhöhungen bremsen!
- Dieser Landesregierung fehlen Wege aus der Krise

## 3. Nachtragshaushalt 2022

# Die Herausforderungen können nur gemeinsam gelöst werden!

Die Energiekrise stellt unser Land vor die größte politische und ökonomische Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Unsere Aufgabe in dieser Zeit ist es, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern und die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft, sowie soziale und kulturelle Einrichtungen dringend zu entlasten. Daher hat die SPD-Fraktion die Landesregierung in einem Änderungs-Antrag (Drs. 20/299) dazu aufgefordert, im Bereich der Haushaltsplanung Schleswig-Holsteins für das Jahr 2023 aktiv zu werden. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Losse-Müller:

„Die explodierenden Energiepreise sind keine Naturkatastrophe, kein Marktversagen oder Logistikfehler. Energie wird von Wladimir Putin als ein eiskalt kalkuliertes Druckmittel in seinem Krieg gegen die Ukraine eingesetzt. Der Lieferstopp hat nur ein Ziel: Er soll unsere Bereitschaft schwächen, die Ukraine in ihrem Kampf gegen den russischen Imperialismus zu unterstützen. Er soll Unfrieden stiften und unsere Gesellschaft spalten – hier in Schleswig-Holstein, in Deutschland und in Europa.



Wir alle rechnen damit, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten wieder lautstarke Proteste auf unseren Straßen erleben werden – getrieben von Gruppen, die die Verunsicherung der Menschen ausnutzen wollen. Dem werden wir uns gemeinsam als demokratische Kräfte entgegenstellen. Mir machen diese Proteste aber weniger Sorgen als die Tatsache, dass sich gleichzeitig immer mehr Menschen ganz still und leise von Gesellschaft und Staat verabschieden. Menschen, die das Gefühl haben, dass sie selber nicht mehr Teil der Gesellschaft und unserer demokratischen Gemeinschaft sind. Sie fühlen sich allein gelassen von Staat und Gesellschaft, leiden still und am Ende haben sie ihr Vertrauen in uns verloren.

# *„Es entsteht der Eindruck einer Landesregierung, die nur an sich selbst denkt und die Sorgen der Menschen in Schleswig-Holstein nicht sieht!“*

Wir werden weiterhin konstruktive Vorschläge machen und uns einbringen. Die Herausforderungen können nur gemeinsam gelöst werden. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die notwendigen Schritte und Maßnahmen auf der Hand liegen. Uns als SPD sind folgende Punkte wichtig:

Erstens: Es reicht nicht immer nur zu fragen, was der Bund für das Land tun kann – sondern wir müssen hier die Frage beantworten, was das Land für Schleswig-Holstein tun kann. Die Bewältigung dieser Krise ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und das Land muss seinen Teil dazu beitragen.

Zweitens: Wir müssen die Möglichkeiten des Landes dafür nutzen, die Menschen, die besonders betroffen sind, jetzt, hier und in diesen Wochen und Monaten konkret zu unterstützen. Deshalb haben wir auch einen Alternativantrag zum Nachtragshaushalt gestellt. Wenn am Ende des Jahres 170 Millionen Euro im Haushalt verfügbar sind, dann müssen die für konkrete Entlastungen genutzt werden, die bei den Menschen ankommen. Sei es eine Aufstockung der Härtefallfonds oder einen Energiepreiszuschuss an soziale Einrichtungen und Kommunen oder auch direkte Zuschüsse an Stadtwerke und Wohnungswirtschaft, um Kündigungen von Verträgen – wie gerade in Flensburg geschehen – zu verhindern.

So wichtig es ist, aber die Sanierung der Landesliegenschaften ist in diesem Moment – in dem wir Zusammenhalt sichern müssen – wirklich keine Priorität. So entsteht der Eindruck einer Landesregierung, die nur an sich selbst denkt und die Sorgen der Menschen in Schleswig-Holstein nicht sieht. Die Menschen erwarten, dass wir ihnen ihre Existenz absichern und nicht die Bauprojekte der Landesregierung.

Drittens: Wir müssen sicherstellen, dass wir unsere Stadtwerke und Wohnungsbaugesellschaften nachhaltig handlungsfähig halten. Das erreichen auch 500 Millionen Bürgschaft nicht.

Viertens: Wir müssen ALLE politischen Möglichkeiten nutzen, um eine Spirale steigender Kosten zu verhindern. Dazu gehört auch die Begrenzung von Dispozinsen, natürlich die Kappungsgrenzenverordnung und eine Mietpreisbremse, um wenigstens die Mieten im Griff zu halten. Beides muss jetzt schnell auf den Weg.

Fünftens: Wir müssen in unsere Unabhängigkeit von russischem Gas und Öl investieren. Deshalb muss der Ausbau der Erneuerbaren vorangetrieben werden und alle Städte und Gemeinden vom Land beim Ausbau der nötigen Infrastrukturen im ÖPNV, der Ladeinfrastruktur und dem Bau von Wärmenetzen mit aller Kraft unterstützt werden.

Wir tragen alle zusammen hier im Land die Verantwortung. Lassen Sie uns endlich zeigen, dass wir den Ernst der Lage erkannt haben und entsprechend handeln.“

---

Dispozinsenskredite:

## **Dispozinsen dürfen nicht zur Schuldenfalle werden!**

Aufgrund der Energiekrise, den gestörten Lieferketten und den Auswirkungen der vergangenen Jahre mit der Corona-Pandemie, wird das Leben immer teurer und viele Menschen kommen an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten. In solch einer Situation wird oftmals vom Dispositionscredit Gebrauch gemacht. Dispositionscredite sind ein etabliertes Angebot im Rahmen von Girokonten, die es Verbraucher\*innen ermöglichen, kurzfristig das Konto zu überziehen und so auch unvorhergesehene Situationen finanziell zu überbrücken. Jedoch können sie auch dauerhaft zur Schuldenfalle werden, wenn eine Rückzahlung aufgrund der

wirtschaftlichen Situation der jeweiligen Kontoinhaber\*in nicht mehr möglich ist. Daher hat die SPD-Fraktion die Landesregierung in einem Antrag (Drs. 20/241) dazu aufgefordert, die Dispozinsen gesetzlich zu begrenzen. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Beate Raudies:

„Die teils erheblichen Zinssätze verstärken die Lage für die Betroffenen zusätzlich. Zudem sind die Folgekosten nur selten transparent ermittelbar. Hinzu kommt, dass für eine weitere Überziehung des vereinbarten Disporahmens häufig Zusatzzinsen anfallen, über die das Kreditinstitut nicht sofort aktiv informieren muss.

Schon durch die Folgen der Corona-Pandemie ist für viele Verbraucher\*innen die Gefahr der Überschuldung gewachsen. Angesichts der Energiekrise, die durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine ausgelöst worden ist, steigen derzeit die Lebenshaltungskosten in noch nicht gekannter Weise. Die hohe Inflation entzieht den Verbraucher\*innen Kaufkraft.

**„Die teils erheblichen Zinssätze verschärfen die Lage für die Betroffenen zusätzlich!“**



Laut Einschätzung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands werden wegen der deutlichen Preissteigerung perspektivisch bis zu 60 Prozent der deutschen Haushalte ihre gesamten verfügbaren Einkünfte – oder mehr – monatlich für die reine Lebenshaltung einsetzen müssen. Die angespannte Lage zeigt sich bereits bei der Überziehung des Girokontos. Wer den sogenannten Dispositionskredit nutzt, um kurzfristige Engpässe zu überbrücken, der schöpft den Rahmen im Durchschnitt inzwischen deutlich weiter aus.

Inzwischen hat die EZB zur Inflationsbekämpfung den Leitzins mehrfach erhöht. Damit steigen die Refinanzierungskosten der Banken und absehbar auch die Zinsen der Kreditkund\*innen. Es bedarf daher dringend einer gesetzlichen Regulierung der Zinssätze für Dispositionskredite.“

---

Geburtskliniken:

## **Schließungen von Geburtskliniken sofort stoppen!**

In Schleswig-Holstein erblicken vermehrt Kinder das Licht der Welt. So wurden 2021 im Vergleich zum Vorjahr 580 mehr Kinder geboren. Doch gegensätzlich zu diesem erfreulichen Trend, werden im Land die Kapazitäten im Bereich der Geburtskliniken abgebaut. Bereits jetzt ist die Versorgung nicht mehr flächendeckend vorhanden. Daher hat die SPD-Fraktion die Landesregierung in einem Antrag (Drs. 20/224) dazu aufgefordert, die Schließung von Geburtskliniken sofort zu stoppen. Zum Antrag der SPD-Fraktion zur Stärkung der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin, Birte Pauls:

„Seit Jahren habe ich die Landesregierung dazu aufgefordert, sich aktiv um die Folgen der Krise kleiner Geburtsstationen zu kümmern. Seit Jahren sieht die Landesregierung zu, wie Geburtskliniken geschlossen werden. Es ist keine Planung der medizinischen Versorgung in Schleswig-Holstein zu erkennen.



## **„Werdende Mütter haben es immer schwerer, eine Geburtsklinik in ihrer Nähe zu finden!“**

Werdende Mütter haben es immer schwerer, eine Geburtsklinik in ihrer Nähe zu finden. Hier muss endlich was passieren und die Schließung von Geburtskliniken sofort gestoppt werden. Die Versorgung für Schwangere ist gefährdet. Der Hebammenverband Schleswig-Holstein hat schon häufiger auf die schwierige Lage in der Geburtshilfe hingewiesen.

Die Meldungen über die unerträglichen Zustände für werdende Mütter und den Mitarbeiter\*innen auf den verbleibenden schleswig-holsteinischen Geburtsstationen kann niemanden wirklich überraschen und sind ein Skandal. Das bedeutet eine Verschlechterung der Qualität in der Geburtshilfe und wir riskieren, weiteres Personal aufgrund der starken Belastungen zu verlieren. Anstatt sich wenigstens darum zu bemühen, dass entsprechend mehr Kreißsäle und Personal bei den verbleibenden Geburtsstationen vorhanden sind, hat die Landesregierung entgegen ihrer Wahlversprechen 2017 nichts gegen die ersatzlosen Schließungen getan. Durch undurchsichtige Manöver wie bei der Imland-Klinik in Eckernförde hat sie Schließungen sogar noch aktiv betrieben. Die Geburtenzahlen in Schleswig-Holstein steigen und wir brauchen eine bedarfsgerechte Versorgung im Land. Ich fordere die Ministerin auf, in ihrem eigenen Krankenhaus, dem UKSH, sofortige Abhilfe der selbstverschuldeten Missstände zu schaffen!“

Mieten:

# **Mieter\*innen vorausschauend schützen - Mieterhöhungen bremsen!**

Wohnen wird in der Krise deutlich teuer. Der Immobilienmarkt flaut ab, es wird weniger gebaut werden. Zugleich wird sich die derzeitige Inflation direkt auf die Mieten durchschlagen. In Reaktion darauf erklärt die schwarz-grüne Koalition: „Die Kappungsgrenzenverordnung ist für Mieterinnen und Mieter in bestehenden Mietverhältnissen die wichtigste Maßnahme, um unverhältnismäßig steigende Mieten zu verhindern.“ Allerdings hat die Landesregierung die Verordnung 2019 selbst abgeschafft, mit einem weiteren sehr wirksamen Mittel: der Mietpreisbremse, von der die Koalition aber weiterhin nichts hören will. Auch die besonders von der Inflation betroffenen Indexmieten werden außer Acht gelassen. Mit unserem Antrag (Drs. 20/247) wollen wir die Mieter\*innen effektiv schützen. Dazu erklärt der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Hölck:

„Die regierungstragenden Fraktionen hätten niemals die Mietpreisbremse abschaffen dürfen. Denn bei der Neuvermietung sind unverhältnismäßig hohe Mietsteigerungen möglich. Jede überdurchschnittliche Mieterhöhung trägt auch überdurchschnittlich zur Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete bei, die dann wiederum negative Auswirkungen auf die Erhöhung der Bestandsmieten hat und die Kappungsgrenze damit anheben. Ohne die Mietpreisbremse ist die Wiedereinführung somit nur noch ein stumpfes Schwert. Beides gehört untrennbar zusammen! Gerade mit Blick auf die enormen Teuerungsraten in Deutschland und den weiterhin zu erwartenden Mietsteigerungen ist jetzt der richtige Zeitpunkt für die Einführung der Mietpreisbremse. Wann wenn nicht jetzt!



Eine Bremse dient zur Verringerung von Geschwindigkeit. Auf dem Mietenmarkt werden angemessene Erhöhungen auch mit einer Mietpreisbremse möglich bleiben. Verantwortungsbewusste Vermieter\*innen, die vielleicht ihre

Altersvorsorge über eine Eigentumswohnung abdecken, werden bei einer Mietpreisbremse ihre Finanzierungsmodelle weiterhin tragen können. Eine Mietpreisbremse zielt auf den Mietwucher, der versucht mit der Notwendigkeit eines Obdachs maximale Rendite zu erzielen. Wenn jetzt die Nebenkosten explodieren, müssen wir erst Recht dafür sorgen, dass Kaltmieten nicht unbegrenzt steigen dürfen. Konsequenterweise gehört dazu, dass Indexmieten in die Kappungsgrenzen-Regelung eingebunden werden müssen. Indexmieten können für Mieter\*innen bei nahezu zweistelligen Inflationsraten immense Kostensteigerungen bedeuten.

***„Die Mietpreisbremse hätte niemals abgeschafft werden dürfen!“***

Was die Landesregierung anbietet, reicht nicht aus, um bezahlbares Wohnen zu sichern. Das Land braucht jetzt kurzfristig wirksame Maßnahmen. Die schwarz-grüne Koalition sollte die Ampel dabei unterstützen, wie geplant die Mietpreisbremse bis 2029 zu verlängern und die Kappungsgrenze auf 11 % in angespannten Wohnungsmärkten abzusenken. Das ist verantwortungsvolle Politik für Mieterinnen und Mieter.“

Pakt mit dem Handwerk:

## **Dieser Landesregierung fehlen Wege aus der Krise!**

Je geringer das Einkommen, desto häufiger leben Menschen in kaum sanierten Gebäuden mit entsprechend hohem Energieverbrauch. Deshalb müssen einkommensschwache Menschen einen deutlich größeren Anteil ihres Einkommens für Energie ausgeben als Gutverdienende, obwohl sie absolut gesehen weniger verbrauchen. Doch in der Krisensituation hat sich die Landesregierung dazu entschlossen, mit der Förderung von Wärmepumpen, eben jene Gutverdienenden zu entlasten. Die tatsächlich Betroffenen, die sich auch mit Subventionierung kostspielige Wärmepumpen nicht leisten können, werden ignoriert. Wir fordern, dass stattdessen Geld für die Förderungen von schnell umsetzbaren und günstigen Maßnahmen in die Hand genommen wird, die den wirklich betroffenen Menschen zugutekommen. Dazu braucht es auch einen Pakt mit dem Handwerk. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thomas Losse-Müller, erklärte im Parlament:

„Zunächst einmal möchte ich allen Wärmepumpen im Land – inklusive meiner eigenen – sagen: Wir mögen Euch. Ihr seid eine gute Lösung, aber eben nicht immer die Beste. Die meisten Eurer Besitzer können es sich leisten Euch zu installieren, sind zu recht stolz auf Euch, aber sie brauchen keine Förderung des Landes. Da, wo das Land Geld in die Hand nimmt, muss es die Haushalte in den Blick nehmen, die gerade kein Geld für eine solche Investition haben. Wer das Geld nicht hat, seine Energierechnung zu zahlen, der kann nicht investieren und auch nicht kofinanzieren. Deshalb ist unsere Forderung Programme so aufzusetzen, dass sie da helfen, wo es wirklich einen Unterschied macht. Dafür müssen Sie als Landesregierung aber in die Verantwortung gehen. Das bedeutet, die Spitzenverbände und Unternehmen des Handwerks einzuladen. Es muss verhandelt werden, unter welchen organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen eine solche konzertierte Aktion möglich ist.“

***„Da, wo das Land Geld in die Hand nimmt, muss es die Haushalte in den Blick nehmen, die gerade kein Geld für eine solche Investition haben!“***



Das ist anstrengender als Fördermillionen an das schwarz-grüne Klientel zu verteilen. Es ist aber auch gerechter und wirksamer als die von der Landesregierung immer wieder vorgetragene Förderlogik, die am Ende Gesellschaft spaltet. Andreas Gayk war nach dem Krieg Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag und Kieler Oberbürgermeister. Er prägte den Satz: „Wer praktische Politik treiben will, der muss sich auch mit der Sünde der Tat beflecken.“ Genau darum geht es hier!

Die letzten Wochen waren keine guten Wochen für das Land, weil es nicht mit dem nötigen Mut und Plan, der erforderlich ist, regiert wird. Die Landesregierung macht viele schöne Fotos, aber es fehlen die Wege aus der Krise. Das Land und damit der Ministerpräsident und die Minister\*innen tragen Verantwortung, der sie gerecht werden müssen!“

---

# SPD FRAKTION SCHLESWIG- HOLSTEIN

## Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein  
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger  
Layout: Dejan Petrovic

Postfach 7121, 24171 Kiel